

Landkreis Vorpommern-Rügen

2. Wahlperiode

Antrag

Vorlagen Nr.:
A/2/0044

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	05.10.2015

Antrag der Kreistagmitglieder Dirk Arendt und Andreas Teller: "Keine dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Landrat wird aufgefordert, der Landesregierung und dem Innenminister von Mecklenburg -Vorpommern mitzuteilen, dass der Landkreis Vorpommern -Rügen keine weiteren Asylbewerber aufnehmen wird.
2. Zudem wird der Landrat aufgefordert, das geplante und zum Teil schon mit Asylanten bezogene Parkhotel, welches nach Plänen des Landkreises V-R als Asylbewerberunterkunft genutzt werden soll, nicht als weiteres Asylbewerberheim zu nutzen. Das Stralsunder Parkhotel soll weiterhin den Lehrlingen als Wohnunterkunft erhalten bleiben.
3. Der Landrat und die Verwaltung werden zudem aufgefordert sich gegenüber den zuständigen Landesbehörden dafür einsetzen, daß rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber, die sich mit einer Duldung auf dem Gebiet des Landkreises Vorpommern-Rügen aufhalten, unverzüglich in ihre Herkunftsländer abzuschieben.“
4. Der Landrat nimmt Kontakt zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bzw. zum zuständigen Verwaltungsgericht verbunden mit der Bitte auf, die Asylverfahren zu beschleunigen und gegebenenfalls die am zuständigen VG in Asylsachen tätigen Richterarbeitskraftanteile zu erhöhen.
5. Der Landrat und die Verwaltung werden zur Einleitung aller dafür erforderlichen Schritte beauftragt.
6. Der Landrat informiert die Kreistagsmitglieder über alle Einzelheiten der Ergebnisse fortlaufend und zeitnah, jedoch spätestens zur nächsten Sitzung des Kreistages.

Begründung:

Durch die Bestrebungen vor allen der USA und ihren Verbündeten, in Afrika und Asien Länder zu „demokratisieren“, haben die Asylbewerberzahlen eine deutliche Zunahme erfahren. Ein weiteres Problem stellen die nach 60a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) geduldeten Personen dar. Eine weitere Begründung des NPD-Antrages erfolgt mündlich. Die Bürger des Landkreises Vorpommern Rügen wollen keine weiteren Asylanten sowie die damit verbundenen Asylbewerberheime in unseren Landkreis! Hinzukommt das über 98% aller Asylsuchenden abgelehnt werden, da sie kein Anrecht auf Asyl haben!!!

gez. Dirk Arendt
Kreistagsmitglied